Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction.
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die nächste eingehende Manuscripte wird die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 19,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 289. Freitag den 16. October 1885. 79. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Vermiethung.

Die zeither als Polizeiwache benutzten, im Erdgeschoß des alten Johanniishospitales, Johannisplatz Nr. 8, befindlichen, aus **2 einfenstrigen Zimmern** und **1 dergl. Kammer** bestehenden Localitäten sollen auf die Zeit **vom 1. November d. Js. bis zum 31. December 1888**

Montag den 19. October d. Js.,
Vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 17, an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Versaale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium der zu vermiethenden Localitäten schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 7. October 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stty.

Bekanntmachung.

Wegen Rohrlegungsarbeiten wird
die **Bayerische Straße**
auf der Strecke zwischen **Sidonien-** und **Sophienstraße, einschließlich** der **Kreuzungen** dieser Straßen
von **Sonnabend den 17. d. M.** ab
auf die Dauer von etwa 14 Tagen für den **gesammten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 14. October 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Zweite Ziehkindervorstellung

Freitag, den 23. October 1885,
Nachmittags von 2 Uhr an
im Kaisersaale der Centralhalle.

Die Vorstellung erstreckt sich auf **alle,** bei **fremden — nicht verwandten** — Personen in der Stadt Leipzig gegen ein festgesetztes Ziehgeld **untergebrachten noch nicht schulpflichtigen** Kinder und werden die Ziehmütter, welche auf Erfordern Auskunft über Namen, Stand, Geburtsort, Alter und sonstige Familienverhältnisse der außerehelichen Eltern des betreffenden Kindes zu geben in der Lage sein müssen, hierdurch aufgefordert, die Kinder gedachter Art am obengenannten Tage im bezeichneten Locale dem Herrn Ziehkinderarzte **unter Vorzeigung des Ziehkinder-Controllbuches** vorzustellen.

Unentschuldigte Verabsäumung der Vorstellung des Kindes verwirkt die Berechtigung zum Halten von Ziehkindern.

Leipzig, am 6. October 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Wendt.

Bekanntmachung.

Mit Eröffnung der zweiten städtischen Gasanstalt sind die Verwaltungsbezirke beider Gasanstalten durch eine Linie bezeichnet worden, welche von der Lindenauer Chaussee aus durch die Weststraße über die Promenade nach dem Obstmarkt, dem Königs- und Roßplatz, längs des Augustusplatzes durch den Grimmaischen Steinweg und den Täubchenweg gezogen ist. Die links von dieser Linie in nördlicher Richtung gelegenen Stadttheile fallen in das Verwaltungsgebiet der ersten, die rechts von dieser Linie in südlicher Richtung gelegenen Stadttheile in das der zweiten Gasanstalt.

Im Interesse des Publicums haben wir für alle das Stadtrohrnetz und die Privatbeleuchtungsanlagen betreffenden Angelegenheiten eine besondere von Herrn Inspector Seemann verwaltete Stelle

in den Räumen der Cassenverwaltung der Gasanstalten
Ritterstraße 6, Theaterpassage I. Etage

eingerichtet und am **heutigen Tage** eröffnet.

Danach sind alle das Stadtrohrnetz und die Privatbeleuchtungsanlagen betreffenden Anbringen von heute an während der Geschäftsstunden Vormittags von 8—12 und Nachmittags von 2—6 Uhr an die erwähnte Stelle, außerhalb der Geschäftsstunden an die Gasanstalt des Bezirks, in dringenden Fällen mit Benutzung der nächstgelegenen städtischen Telegraphenstation zu richten.

Leipzig, den 15. October 1885.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Mühlenverpachtung.

Die neuerdings in den Besitz des Hospitals St. Johannis zu Freiberg übergegangene vormals **Löffler'sche Mühle in Freibergsdorf,** Nr. 57 des Brand-Catasters Fol. 35 des Grund- und Hypothekenbuchs für genannten Ort, soll **von jetzt ab bis zum 31. März 1896** verpachtet werden.

Die Mühle selbst ist eine oberschlächtige Mahlmühle **mit einem Mahlgang,** sogen. Spitzgang, mit **Knochenmühle und Bäckerei,** hinreichendem Wasser mit gutem Gefälle und gehören dazu 9 Hefter 31,9 Ar oder 16 Acker 252 □R. vorzügliche Felder, Wiesen rc.

Pachtlustige werden ersucht, sich

Montag, den 26. October 1885 Vormittags 11 Uhr

an Rathsstelle einzufinden und ihre Gebote zu thun, vorher aber das Pachtobject, auf welches ein Pachtgebot von 1680 ℳ bereits gethan worden ist, in Augenschein zu nehmen.

Das Mühlengrundstück gelangt ohne lebendes und todtes Inventar zur Verpachtung. Pachter hat eine Caution von 2000 ℳ baar oder in sächsischen Staats- oder anderen sicheren Werthpapieren zu erlegen. Die sonstigen Verpachtungsbedingungen, welche im Termine bekannt gegeben werden sollen, sind auch vorher an Rathsstelle einzusehen und zwar soll mit der Verpachtung dergestalt verfahren werden, daß zunächst die Mühle und die Felder getrennt und sodann das Mühlengrundstück mit den Feldern zusammen ausgeboten werden.

Die Auswahl unter den Bietern und die Zurückweisung sämmtlicher Gebote wird vorbehalten und bleiben die einzelnen Bieter so lange an ihre Gebote gebunden, bis der Zuschlag durch die unterzeichnete Hospitalsinspection erfolgt ist.

Freiberg, am 9. October 1885.

Vor Inspection des milden Hospitals St. Johannis.
Die Königl. Superintendentur. **Der Stadtrath.**
Dr. Richter. Beutler.

Bekanntmachung.

Das für **Bertha Minna Munkelt** aus Schönau am 18. September 1881 vom Gemeindevorstand in Probstheida sub Nr. 60 ausgestellte **Dienstbuch** ist erhaltener Anzeige zufolge im Juni dieses Jahres auf dem Wege von Thonberg nach Leipzig verloren gegangen.

Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle bei uns abzuliefern.

Leipzig, am 12. October 1885.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Feldig.

Nichtamtlicher Theil.

Die Stichwahlen in Frankreich.

Uebermorgen treten die französischen Wähler wiederum an die Wahlurne, um 270 Vertreter für die Abgeordnetenkammer zu wählen. Der erste Wahltag brachte nur das Ergebniß von 304 endgiltigen Wahlen, darunter 4 Abgeordnete aus der Hauptstadt, welche im Ganzen 38 Volksvertreter in die Kammer zu senden hat. Die Pariser Wahlen haben gezeigt, daß die Partei Gambetta, die sogenannten Opportunisten, dort nur sehr geringen Anhang haben. Die Radicalen bilden die große Mehrzahl der Pariser Wähler, und diese werden denn auch voraussichtlich am 18. October den Sieg davontragen. Brisson, der Präsident des Ministeriums, welcher ebenfalls zu den vier in Paris gewählten Abgeordneten gehört, hat sich von dem Festmahl zur Feier des Wahlergebnisses vom 4. October ferngehalten und er hat recht daran gethan; denn erfreulich konnte es für ihn nicht sein. Aber abgesehen von der Uneinigkeit unter den republikanischen Wählern, welche der 4. October ans Licht gezogen hat, ist das Pariser Wahlergebniß von ganz überraschenden Thatsachen begleitet gewesen. Man hat daraus ersehen, wie die Pariser Wähler über die Richtung denken, deren Hauptvertreter Déroulède ist. Dieser Mann, der von einem großen Theil der Presse als die Verkörperung des Rachegedankens in Frankreich gepriesen wurde, hat nur 60,000 Stimmen erhalten, während er der vierfachen Stimmenzahl bedurfte, um gewählt zu werden. Man ersieht daraus, daß die große Masse der Pariser Wähler von einem Rachefeldzug gegen Deutschland wenigstens gegenwärtig nichts wissen will, daß sie es vorzieht, in friedlicher Arbeit die Kräfte des Landes zu sammeln und neu zu beleben. Nicht viel besser wie Déroulède ist es Rane und Spuller ergangen, den Freunden Gambetta's, welche die Vorbereitungen auf den Rachefeldzug auch von jeher als die Hauptaufgabe des französischen Volkes betrachteten. Diese beiden Führer der Opportunisten werden nicht zur Stichwahl kommen, weil sie nicht zu den 34 Candidaten gehören, welche die meisten Stimmen nächst den 4 Gewählten auf sich vereinigten. Da es in Paris eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung giebt, welche an Kundgebungen zum Andenken an die Leiter der Pariser Commune ihre Freude haben, so hätte man meinen sollen, daß Eudes und Joffrin, welche mit diesen Bestrebungen einverstanden sind, gewählt werden würden, aber der eine hat 31,000 und der andere 33,000 Stimmen erhalten, sie haben also auch am 18. October nicht die geringste Aussicht, die Mehrheit zu erhalten. Das sind Zeugnisse für die in Paris herrschende Stimmung, welche bedeutend schwerer ins Gewicht fallen als lärmende Kundgebungen in den Versammlungssälen und auf dem Père Lachaise oder hochtönende Phrasen, welche durch die Presse Verbreitung finden.

Paris ist in politischer Beziehung eine ganz andere Stadt, als sie den Mitgliedern der Regierung erschienen ist. Brisson und Allain Targé im Bunde mit Ferry waren in dem Wahn befangen, daß die Hauptstadt ihnen gehöre, während Paris vor allen Dingen den Frieden will, aber weder Abenteuer in fernen Ländern, noch Krieg gegen Deutschland. Daher hat sie weder Déroulède gewählt, noch Rane und Spuller. Aber Paris hat auch von dem ersten Versuch, den es mit der Commune gemacht hat, über und über genug, und mit den Anarchisten will es überhaupt nichts zu thun haben. Paris ist republikanisch gesinnt, aber will den Frieden, damit ist das Wahlergebniß vom 4. October kurz und treffend bezeichnet.

Für den 18. October ist die Wahl derjenigen Candidaten auf republikanischer Seite beschlossen worden, welche nächst den vier Gewählten die meisten Stimmen erhalten haben, und es ist anzunehmen, daß die Wähler diesem Beschluß entsprechend wählen werden. Paris scheidet in Anbetracht der dort bestehenden Organisation der Republikaner aus dem Kreise der Ueberraschungen aus, welche der 18. October voraussichtlich wieder vielen Republikanern bringen wird. Die Provinz hat 236 Stichwahlen zu vollziehen, und von diesen hängt die Entscheidung ab. Demgemäß hat denn auch die Regierung ihren ganzen Einfluß aufgeboten, um am 18. October ein günstigeres Wahlergebniß zu erzielen als am 4. October. Ein Rundschreiben des Ministers des Innern an die Präfecten befiehlt die Ableugnung falscher Nachrichten, welche von conservativer Seite ausgehen, und außerdem hat das Ministerium die Absetzung aller Gemeindebeamten in Aussicht genommen, welche gegen die Regierung eine feindselige Haltung zeigen. Das Rundschreiben ist ein Zeichen der Angst, und wird deshalb entweder keine oder die entgegengesetzte Wirkung haben. Die Präfecten, welche der Sache der Monarchie dienen, hoffen, daß diese triumphiren wird, deshalb sind für sie Verfügungen, welche von der republikanischen Regierung ausgehen, nicht vorhanden. Wollte die Regierung rigoros und zweckmäßig vorgehen, so müßte sie in allen Departements, wo die Stichwahlen zweifelhaft erscheinen, sogleich neue Präfecten von bewährter Gesinnung ernennen und ebenso alle verdächtigen Gemeindebeamten vom Amte entfernen. Aber erst warten, ob diese Leute regierungsfreundlich oder feindlich wirken werden, heißt den Anhängern der Monarchie die Waffen liefern, mit welchen sie die Republik bekämpfen werden. Der republikanische Beamtenstand hat am 4. October seinen Dienst versagt, sonst wäre die Wahl von 177 Monarchisten unmöglich gewesen; also mußte eine zielbewußte Regierung, die am Ruder bleiben will, sofort mit größter Rücksichtslosigkeit ihre Zwecke verfolgen, oder, wenn sie am Erfolg verzweifelte, abdanken, aber nichts Halbes unternehmen, wie das neueste Rundschreiben. Die Partei, welche am 4. October einen überraschenden, nirgends vorausgesehenen Erfolg errungen hat, wird bestimmt seit dem 4. October alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um am 18. October ein entsprechendes Ergebniß zu erzielen, und dazu werden ihr die ihr ergebenen Staats- und Gemeindebeamten ihren Beistand leihen trotz aller Rundschreiben der bereits im Absterben begriffenen Regierung. Die Zukunft Frankreichs gehört allem Anschein nach den Monarchisten, diese Aussicht wird die schwankenden Elemente auf ihre Seite treiben. Die Absetzung kann solchen Gemeindebeamten nicht gefährlich erscheinen, die von der republikanischen Regierung überhaupt nichts mehr erwarten; im Falle der Wiederherstellung der Monarchie winkt ihnen der Lohn für die dieser Sache geleisteten Dienste, die Republikaner haben dann nichts mehr zu geben.

Obwohl keine hinreichenden Anhaltspuncte vorhanden sind, um das Ergebniß der Stichwahlen irgendwie mit einiger Sicherheit vorauszusagen, so erscheint doch so viel gewiß, daß die Republikaner die Schlacht bei Weitem zu günstig auffassen. Die höchste Zahl, welche sie den Monarchisten zugestehen wollen, ist 220. Das mag unter Zugrundelegung der am 4. October abgegebenen Stimmen richtig sein, aber diese Stimmen sind keineswegs maßgebend für den 18. October. Kein Wähler kann gezwungen werden, den von ihm früher gewählten Personen seine Stimme zu geben, es wird das nur von den Wählern geschehen, welche ihrer Partei mit Leib und Seele ergeben sind. Außerdem kann bei so schwankenden Verhältnissen, wie sie in Frankreich bestehen, von Parteien im gewöhnlichen Sinne kaum die Rede sein. Republik und Monarchie sind nicht Gegensätze wie liberal und conservativ. Eine republikanische Regierung kann conservativ und eine monarchische liberal sein, das kommt ganz auf die leitenden Grundsätze und Personen an. Es giebt offenbar in Frankreich eine große Anzahl Leute, welche die Monarchie als eine zuverlässigere Bürgschaft für die persönliche Freiheit, für Ruhe und Ordnung halten, als die Republik. Kann man es Denen, welche bisher der Republik anhingen, weil sie diese Güter unter der republikanischen Staatsform am besten gewahrt glaubten, verdenken, wenn sie zu den Monarchisten übergehen, weil sie hoffen, daß die Wagschale zu Gunsten der Monarchie sinken wird? Ein Land, welches seit 100 Jahren so viele Wandlungen durchgemacht hat wie Frankreich, kann nicht mit demselben Maße gemessen werden wie ein Land mit festen Einrichtungen und regelmäßiger Entwickelung. Die eifrigsten Republikaner haben Napoleon I. zugejubelt, die gleiche Beobachtung kann sich auch heute wiederholen, wenn der Mann die Führung übernimmt, welchen Frankreich heute braucht.

Leipzig, 16. October 1885.

* **Man schreibt uns aus Wilhelmshaven, den 13. October:** „Nachdem auch das nordatlantische Schulgeschwader am Sonntag den 11. d. M. seine Reise angetreten hat, befinden sich eine Anzahl von Schiffen im Auslande, wie sie bis jetzt nie dagewesen ist. Es ist dies ein erfreulicher Beweis für das stete Wachsen und die Stärke unserer deutschen Marine, auf welche selbst die sonst über alles erhabenen Engländer mit neidischen Augen blicken. Wie bescheiden gestalteten sich noch die Verhältnisse für unsere Marine vor etwa 15 Jahren, wo man zur Repräsentation der deutschen Macht nur einige der alten gedeckten Corvetten ins Ausland zu senden vermochte. Seit dem Jahr 1873 ist jedoch mit dem Flottengründungsplan eine gewaltige Veränderung eingetreten und unsere Kriegsschiffe haben derartig an Zahl und Tüchtigkeit zugenommen, daß in jedem Erdtheile die deutsche Macht in ansehnlicher Stärke repräsentirt ist. Die deutsche Marine ist sozusagen das Lieblingskind der Nation geworden und mit regem Interesse verfolgt man ihre Fortschritte und die Schiffe auf ihren Reisen in fernen Oceanen. Die Colonialbestrebungen, sowie auch der innere Dienst der Marine erheischten, daß im verflossenen und in diesem Jahre eine ungewöhnliche Anzahl von Schiffen auf ausländische Stationen gesendet wurden; es dürfte daher von Interesse sein, einen Ueberblick über jene Schiffe und Fahrzeuge zu geben, welche sich zur Zeit im Auslande befinden und deren ehrenvolle Aufgabe es ist, die Interessen des Reiches zu verfolgen und die deutsche Nation in jeder Richtung zu vertreten. 1) Das ostafrikanische Geschwader hat sich bereits getrennt und bestand aus den Kreuzerfregatten „Bismarck", „Elisabeth", „Gneisenau", „Stosch", „Prinz Adalbert", dem Kreuzer „Möve" und den beiden gecharterten großen Transportdampfern „Adler" und „Ehrenfels"; zusammen 8 Schiffe mit 84 Geschützen und 2150 Mann Besatzung. 2) Der Kreuzer „Habicht" und das Kanonenboot „Cyclop", der westafrikanischen Station angehörend, mit zusammen 9 Geschützen und 190 Mann Besatzung. 3) Der Kreuzer „Nautilus" und das Kanonenboot „Iltis", der ostasiatischen Station angehörend, mit 8 Geschützen und 190 Mann Besatzung. 4) Auf der australischen Station der Kreuzer „Albatroß" und die Kreuzercorvette „Marie" mit 14 Geschützen und 380 Mann. 5) Die Kreuzercorvette „Louise" im Nordatlantic mit 9 Geschützen und 238 Mann; desgl. die Schiffsjungenbrigg „Moskquito" mit 6 Geschützen und 78 Mann. 6) Das Kanonenboot „Hyäne" in der Südsee mit 4 Geschützen und 87 Mann Besatzung. 7) Das nordatlantische Schulgeschwader unter Commodore Stengel, bestehend aus den Kreuzerfregatten „Stein" und „Moltke" und den Kreuzercorvetten „Sophie" und „Ariadne", zusammen 4 Schiffe mit 51 Geschützen und 1300 Mann Besatzung. 8) Der Aviso „Loreley" im Mittelländischen Meere mit 3 Geschützen und 57 Mann Besatzung und endlich der in Falmouth liegende Dampfer „Nachtigal" mit 12 Mann Besatzung. Es befinden sich demnach auf ausländischen Stationen 23 Schiffe und Fahrzeuge mit 178 Geschützen und 4650 Mann Besatzung."

* **Als ungefährer Tag der Reichstagseröffnung wird neuerdings der 20. November bezeichnet.**

* **Zur Berichtigung der Nachricht der „Kölnischen Zeitung" über angebliche Erweiterung der Befugnisse des kaiserlichen Gesundheitsamtes** zu einer beaufsichtigenden und leitenden Behörde für das Medicinal- und Veterinärwesen in allen deutschen Staaten erfährt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" von verläßlicher Seite, daß in dem genannten Amte selbst hiervon nichts bekannt ist. Die Befugniß, gesetzgeberische Vorschläge auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege bei der zuständigen obersten Reichsbehörde (Staatssecretair des Innern) zu machen, steht dem Amte jetzt bereits zu; doch sind bei allen derartigen Maßnahmen selbstverständlich auch die sonst dadurch berührten Interessen, insbesondere diejenigen, welche auf dem Gebiete der Finanzverwaltung des Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden, sowie auf demjenigen der Handels- und Gewerbethätigkeit liegen, mit in Betracht zu ziehen. Die Mittheilungen über eine angeblich bevorstehende Personalveränderung in der veterinärärztlichen Mitgliedsstelle dürften nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mit größter Vorsicht aufzunehmen sein.

* **In Glatz ist dieser Tage ein Caplan Tschöpe wegen Mißbrauchs der Kanzel zu einem Monat Festungshaft verurtheilt worden.** Die Verhandlung in dieser Sache bewies, was in unseren Tagen von manchen katholischen Geistlichen als passender Gegenstand einer Kirchenfestpredigt angesehen wird. Die ultramontane „Schlesische Volkszeitung" berichtet nämlich über die Verhandlung wie folgt:

Am 23. November 1884 fand in der katholischen Kirche zu Hansdorf zu Ehren der h. Katharina, der Schutzpatronin dieser Kirche, ein Gottesdienst statt, bei welchem Herr Caplan Tschöpe aus Neurode die Predigt hielt. In dieser Predigt kam Herr Tschöpe auf die etwa 10 Tage vorher stattgehabte Reichstags-Stichwahl im Neurode-Reichenbacher Kreise zwischen Dr. Porsch und dem Prinzen Carolath zu sprechen, sagte, daß die Wahl im katholischen Sinne ausgefallen sei und daß namentlich die Wähler in Hansdorf dem katholischen Candidaten ihre Stimmen gegeben hätten. Er forderte die Gemeinde auf, auch fernerhin in diesem Sinne zu wählen, und erklärte nach der Bekundung dreier Belastungszeugen: „Der Katholik welcher einem anderen als katholischen Candidaten seine Stimme giebt, ist kein katholischer Christ mehr, er ist ausgestoßen aus der katholischen Kirche, wenn auch sein Name im Taufbuche steht, er auch in die Kirche geht und seinen sonstigen kirchlichen Pflichten nachkommt, er ist kein katholischer Christ mehr."

Die Vertheidigung gab dem Sinne nach die beschuldigte Stelle zu, behauptete nur, sie sei etwas anders gefaßt gewesen, was gleichgiltig ist. Thatsache ist, daß der Caplan als Festpredigt eine politische Wahlrede gehalten hat und daß sich in keiner sogenannten „katholischen" Zeitung ein Wort des Tadels dafür findet, daß den Gläubigen statt einer religiösen Erbauung ein hetzerischer politischer Leitartikel gepredigt wird.

* Die „Schlesische Zeitung" meldet aus Gleiwitz „aus durchaus zuverlässiger Quelle, daß gegen den Rechtsanwalt Dr. Stephan in Tarnowitz wegen seiner unqualificirbaren, während der Katholiken-Versammlung in Gleiwitz öffentlich gethanen Aeußerung, betreffend den Erwerb Schlesiens durch Preußen, die Voruntersuchung eingeleitet wurde". Es ist höchst bedauerlich, daß die Klage, welche der genannte Herr — der Schwiegersohn des bekannten ehemaligen Reichstags-Abgeordneten und Graf Henckel'schen Generaldirectors Schröder (Lippstadt) — darüber erhob, daß „seine Heimathsprovinz durch ungerechte Kriege von Preußen erworben worden sei" und der die Kriege Friedrich's des Großen auf eine Stufe mit den Raubkriegen Ludwig's XIV. und Napoleon's I. stellte, auf dem Disciplinarwege ihre Rüge finden soll und nicht in der Versammlung selbst durch einen Ausbruch der Entrüstung zurückgewiesen wurde. „Daß von den zahlreichen Officieren der Reserve und Landwehr, welche der Versammlung beiwohnten (bemerkt ein preußisches Blatt das „Naumburger Kreisblatt"), ja auf derselben Tribüne wie dieser Rechtsanwalt als Redner auftraten, auch nicht einer gegen die schmachvollen Worte und Beleidigungen des preußischen Königshauses Protest erhob, zeigt, welch ein Parteiterrorismus und welch ein Geist diese Versammlung beherrschte".

* **Zu den Wahlen in Baden** schreibt die „Nationalliberale Correspondenz":

Die badischen Landtagswahlen haben einen bedeutenden Sieg der Nationalliberalen über alle ihre Gegner ergeben. Die Nationalliberalen sind in Baden die Regierungspartei; aber ihre Majorität war in dem letzten Landtage eine sehr geringe. Alle Anstrengungen der Gegner waren nun darauf gerichtet, diese Majorität in eine Minorität zu verwandeln. Voran stehen unter diesen Gegnern die Ultramontanen. Sie waren eines großen Erfolges so sicher, daß sie mit ihren unverschämtesten Forderungen auftreten zu können meinten. Die Beilegung des „Culturkampfes", die durch die Abänderung des Examengesetzes von 1880 für erreicht galt, war für sie nicht vorhanden; sie verlangten eine Schmälerung der Rechte des Staates gegenüber der Kirche, wie sie seit Jahrzehnten nicht gefordert worden war; vor Allem aber richteten sie ihren Angriff auf die in Baden bestehende gemischte Schule. Daneben fehlte es nicht an demagogischen Kunststücken auf der einen, an Schmeicheleien für alle reactionären Bestrebungen auf gewerblichem Gebiete auf der andern Seite. Nach diesem Auftreten und nach den von ihnen gemachten großen Anstrengungen bedeutet die Thatsache, daß sie nicht allein neuen Boden nicht gewannen, sondern vielmehr einen erklecklichen Theil ihrer bisherigen Kammersitze an die Nationalliberalen verloren haben, für sie eine mehrfach vernichtende Niederlage. Daß sie Freiburg, den Sitz der erzbischöflichen Curie, mit dem naturgemäß an dieselbe sich anschließenden großen ultramontanen Wahlapparate, gehalten haben, kann ihnen dafür um so weniger ein Trost sein, als auch dort das Stimmenverhältniß sich zu Gunsten der Liberalen gebessert hat. Eine Beschönigung der ultramontanen Niederlage ist nicht möglich. Man kann sich nicht, wie in Preußen, auf die Classeneintheilung und die Oeffentlichkeit der Wahl berufen. In Baden sind zwar die Landtagswahlen indirect, aber geheim und nicht an einen Census gebunden. Und das Bezeichnendste ist, daß trotz der von den Ultramontanen mit allen Mitteln versuchten Erneuerung des „Culturkampfes" die Wahlbetheiligung überwiegend eine auffallend geringe gewesen ist. Das Volk glaubt eben nicht mehr an die „Gefährdung der Religion" und will von den Störnfrieden nichts mehr wissen. Noch schmählicher ist die Niederlage der Demokraten. Sie haben, nachdem sie den Stand, wie ausdrücklich, jetzt voll genommen, ihre festeste Burg, Mannheim, den Nationalliberalen überlassen müssen. Und unter welchen Umständen! Zum ersten Male haben die Socialdemokraten in Mannheim einen Candidaten zum Landtage aufgestellt, und der Erfolg ist gewesen, daß von den 36 Wahlbezirken der Stadt 21 den Nationalliberalen, 12 den Socialdemokraten und 3, sage drei, den Demokraten zugefallen sind. Damit ist denn das Wesen dieser Mannheimer Demokratie einmal gründlich aufgedeckt. Schon bei der vorjährigen Reichstagswahl kam der socialdemokratische Candidat dem demokratischen in der Stimmenzahl sehr nahe, und der letztere erlangte in der Stichwahl mit dem Nationalliberalen nur durch die Hilfe der Socialdemokraten die Mehrheit. Jetzt aber ist die Entwickelung schon so weit gediehen, daß die Socialdemokratie, obwohl die in ihren Reihen sicherlich recht zahlreichen Nicht-Wähler nicht mitwählen, die Demokratie behaglichend zu den Todten legen konnte! Die dritte Gruppe endlich, die Conservativen Stöcker'scher Färbung, hat nur eine Bedeutung als Anhängsel der Ultramontanen. Diese Conservativen sind von der ultramontanen Presse den ganzen Sommer hindurch, ganz wie in Preußen, mit beispiellosem Uebermuth behandelt worden, was sie aber, ganz wie in Preußen, nicht abgehalten hat, sich schließlich der Centrumspartei doch überall zur Verfügung zu stellen. So haben sie denn auch mitwirken müssen in den widerlichen Bündnissen, welche die Ultramontanen zur Bekämpfung der Nationalliberalen mit den Demokraten abschlossen. Am aussichtsvollsten war diese Coalition nach den Erfahrungen der letzten Reichstagswahl in Offenburg; doch scheinen dort die Nationalliberalen das Feld, wenn auch mit schwacher Mehrheit, zu behaupten. Ihre ganze Kraft aber richteten die drei verbündeten Gruppen unter dem schönen Namen der „vereinigten Bürgerpartei" auf Karlsruhe — um dort unglaublich jämmerlich zu unterliegen. So stellt sich denn das Gesammtergebniß dahin, daß der allgemeine Ansturm gegen den Nationalliberalismus mit einer erheblichen Befestigung des letzteren geendet hat. Möge das eine gute Vorbedeutung für die preußischen Wahlen sein!

* Ueber die socialen Verhältnisse in den deutschen